

Vorstandssitzung Vorstand redet im Bundeskanzleramt Klartext

Bis zu vier Mal im Jahr tauschen sich die Vorstandsmitglieder des VDMA Ost aus, um zügig auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können und kontinuierlich wichtige Themen voranzubringen. In seiner Sommersitzung Mitte Juni 2023 forcierte das Gremium vor allem den Dialog mit der Politik. Im Gespräch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, drängten die Vorstandsmitglieder darauf, die Standortbedingungen zu verbessern.

Die Politik der Bundesregierung bietet reichlich Diskussionsstoff. Mitte Juni 2023 nutzten die Vorstandsmitglieder des VDMA Ost die Gelegenheit, dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland die Auswirkungen von Entscheidungen aus Unternehmensicht zu schildern.



Foto: VDMA Ost

Bereits Ende 2022 tauschte sich der Landesverbands-Geschäftsführer Oliver Köhn mit Staatsminister Carsten Schneider über die Entwicklung und Herausforderungen der ostdeutschen Wirtschaft aus. Nun hatte Schneider sein Versprechen eingelöst und die Maschinen- und Anlagenbauer ins Bundeskanzleramt nach Berlin eingeladen. Diese außergewöhnliche Location war für die Teilnehmer sehr inspirierend, tagte man doch im kleinen Kabinettsaal, demselben Raum, in dem sich an jedem Mittwoch das Bundeskabinett trifft.

Deutliche Worte zur Energieversorgung

Schneider nahm sich viel Zeit, um mit den Branchenvertretern über die ostdeutschen Besonderheiten zu diskutieren. Im Fokus standen Fragen der Standortattraktivität, Klimapolitik und Energiesicherheit.

Der Ostbeauftragte betonte, dass die Bundesregierung alles dafür tue, um die Energieversorgung sicherzustellen. Ein Beispiel dafür sei der Bau eines weiteren LNG-Terminals in Mukran auf der Insel Rügen. Alexander Jakschik, Vorsitzender des Landesverbandes, wies darauf hin, dass nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch bezahlbare Energiekosten ein entscheidender Wettbewerbsfaktor sind. Ein aus Steuergeldern finanzierter Industriestrompreis, der nur große und energieintensive Unternehmen begünstigt, ist daher nicht im Interesse des industriellen Mittelstands.

Bei Umweltpolitik Wirtschaftlichkeit berücksichtigen

Angesprochen wurde zudem die Klimapolitik. Die Unternehmer verdeutlichten, dass die Bewältigung des Klimawandels als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist und der Maschinen- und Anlagenbau dabei eine wichtige Enabler-Rolle einnimmt. So trägt die Branche aufgrund der Verflechtungen in alle Sektoren entscheidend dazu bei, global die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. In der Studie „[For Machinery Makers, Green Tech Creates Green Business](#)“ von VDMA und der Strategieberatung Boston Consulting Group wurde analysiert, wie sich in 14 Sektoren mithilfe modernster Technologien der Treibhausgas-Ausstoß reduzieren lässt. Demnach können mit bereits heute verfügbaren Maschinenbau-Technologien die Emissionen in der Industrie um bis 86 Prozent oder umgerechnet 30 Gigatonnen gesenkt werden.

Der Politik müsse jedoch bewusst sein, dass Klimapolitik nicht für sich allein stehen kann. Vielmehr müssen Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigt werden. Ebenso unerlässlich sind verlässliche Regelwerke sowie technologieoffene Ansätze bei der Entwicklung von Antriebsalternativen.

Attraktive Standorte und technische Lösungen gegen Fachkräftemangel

Ein weiterer Diskussionspunkt war die zunehmende Fachkräftelücke, die sich zum Teil schon heute auf die verschiedensten Unternehmensbereiche wie Entwicklung, Produktion und Service auswirkt. Hier müssen nach Ansicht der Teilnehmer Politik und Wirtschaft dringend an einem Strang ziehen und zügig praktikable Lösungen erarbeiten, um zum Beispiel mehr junge Menschen für eine Ausbildung im Maschinen- und Anlagenbau generell und speziell in ostdeutschen Regionen zu begeistern.

Dafür muss auch die Standortattraktivität Ostdeutschlands kontinuierlich gefördert und verbessert werden. Darin waren sich die Vorstandsmitglieder und Schneider einig. Hierzu zählen die Verkehrsinfrastruktur (Schiene und Straße), die Netzinfrastuktur (Breitbandausbau) sowie die soziale Infrastruktur, vor allem im ländlichen Raum. Nur wenn attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen entstehen, wird Ostdeutschland die benötigten Fachkräfte aus dem In- und Ausland anziehen.

Darüber hinaus können vielfältige Automatisierungslösungen und der Einsatz von Robotern helfen, die menschliche Arbeitskraft im Produktionsprozess zu verringern. Auch hier ist der Maschinenbau ein Teil der Lösung.

Unternehmer fordern mehr Spielraum

Mit Nachdruck verwiesen die Teilnehmer zudem darauf hin, dass vor allem der Mittelstand unter den starken und steigenden unproduktiven, bürokratischen Belastungen leidet. Sie forderten mehr Spielraum für unternehmerisches und verantwortliches Handeln – dies könnte enorm viel Dynamik entfalten. Dringend notwendig ist unter anderem, Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen und die öffentliche Verwaltung zu digitalisieren.

Gespräche werden fortgesetzt

Schneiders Tür wird auch weiterhin offen stehen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland hat angeboten, die Gespräche mit den Maschinenbau-Unternehmen des VDMA Ost direkt vor Ort in den Regionen fortzusetzen. Dieser Vorschlag wurde sehr positiv aufgenommen.

Auf Einladung des Magdeburger Bundestagsabgeordneten Tino Sorge setzten die Vorstandsmitglieder ihre Sitzung anschließend im Jakob-Kaiser-Haus fort. Sie diskutierten sehr ausführlich über die Mittelstandspolitik. Sorge gab außerdem interessante Einblicke in die politische Arbeit im Bundestag und führte durch das Jakob-Kaiser-Haus, den Reichstag und das Paul-Löbe-Haus. Letzteres wird aus gutem Grund auch als Maschinenraum der Demokratie bezeichnet.

Kommender Termin

Die nächste Vorstandssitzung findet im November 2023 in Erfurt statt.

Ihr Kontakt zum VDMA Ost

Sie haben Fragen? Wir freuen uns auf Ihre E-Mail oder Ihren Anruf!

Oliver Köhn, Geschäftsführer VDMA Ost:

Telefon 0341 521160-13, E-Mail oliver.koehn@vdma.org